

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

24.12.1932 (No. 302)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 959
und 954
Wolfschloß
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangehörigen
Chefredakteur
G. Amen, B.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 8 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Quadrat Zentimeter. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Auslieferung, Wiedereintritt, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anker keine Ansprüche, falls die Zeitung verdrängt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Rentalanzeiger für Baden, Badischer Rentalanzeiger für Beamte, Offizianten und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Deutsche Reichsbahn — Deutsche Holzwirtschaft

Unter dieser Überschrift wird zu den Holzdurchfuhrtarifen insbesondere gegen die Tarife D 41 Polen-Holland und D 21 Tschechoslowakei-Holland, Stellung genommen und behauptet, die Reichsbahn öffne durch derartige D-Tarife dem Holzabfuhr des östlichen Auslands zum Nachteil des deutschen Holzabfuhr die westlichen Bezugsländer. Sie stelle dieser ausländischen Durchfuhr erheblich billigere Sätze zur Verfügung als der deutschen Ausfuhr und hemme diese damit in Wettbewerb auf dem Auslandsmarkt. Diese Behauptungen sind schon oft als unhaltbar widerlegt worden, ihre Wiederholung kann sie auch nicht beweiskräftiger machen. Es sei noch einmal festgestellt:

Die Reichsbahn gibt auf ihren kürzeren Durchfuhrstrecken dem Auslandsholz nur dann und nur insoweit eine Ermäßigung, als sie durch die auf einem anderen Weg erreichbaren Frachten dazu genötigt wird. Sie schafft also keine neue Frachtpreislage, sondern tritt in eine Preislage ein, die ein Wettbewerb vor ihr geschaffen hat. Sie muß das wie jeder Kaufmann tun, wenn sie nicht aus dem Frachtpreisgeschäft zu machen bies die ausländischen Frachtführer ohne Reichsbahn. Das Holzgeschäft z. B. zwischen Polen und Holland würde sich dann eben über die polnischen Bahnen nach Obbingen und mit Küstendampfern nach Holland abwickeln. Die deutschen Durchfuhrtarife halten sogar gegenüber den Wasserfrachten eine Erhöhung (Anreizzuschlag). Es ist erstaunlich, mit welchen agitatorischen Absichten man immer wieder über diese Tatsachen hinwegweist und der Reichsbahn die ihr ausgesetzten Durchfuhrtarife vorzuwerfen versucht.

Weshalb greift man die Elbe- oder Oderdampfschiffe nicht an, die das Auslandsholz noch billiger nach Holland bringt, als die Eisenbahn? Glaubt man weiter, auf die Dauer mit solchen Veröffentlichungen den Eindruck erwecken zu können, als ob die absolute Fracht, z. B. von Pillina (Tschechoslowakei) nach Amsterdamm, durch den angegriffenen deutschen D-Tarif niedriger werde als z. B. von Oppenau nach Amsterdamm mit Wasserumschlag auf dem Rhein in Karlsruhe? Man stelle doch gefälligst die Gesamtfrachten gegenüber und nicht Durchfuhrfrachten, die als Teilfrachten für sich allein gar nichts bedeuten.

Glaubt man endlich, daß die Absatzmöglichkeiten von Holz von den östlichen Ländern nach den westlichen überhaupt durch Frachtfragen ausschlaggebend bestimmt werden? Nemht etwa Frankreich seine Einfuhrkontingente nach der Höhe der Frachten? Könnte etwa eine Aufhebung der deutschen Durchfuhrfrachten die Zollvorteile überbrücken, die Frankreich seinen östlichen Freunden gewährt? Hat die Schweiz ihre Kompensationsmaßnahmen von Frachten abhängig gemacht? Keine Zölle deutschen Holz würde nach Frankreich mehr hineingelassen und keine Zölle polnisches Holz ferngehalten werden, wenn die Reichsbahn ihre Durchfuhrtarife aufheben würde. Es gingen nur der Reichsbahn die auf alle Fälle ins Ausland gelangenden Transporte verloren, und damit die entsprechenden Frachteinahmen und Devisen. Ihren Wettbewerbern kämen diese Einnahmen zum Schaden des deutschen Volkseinkommens zugute.

Die amerikanische Außenpolitik

Gouverneur Roosevelt veröffentlicht eine Erklärung, in der er über die von Hoover gemachte Bemerkung, daß dem zukünftigen Präsidenten eine gemeinsame Arbeit mit Hoover in den Fragen der auswärtigen Politik unerwünscht sei, sein Erstaunen ausgedrückt. Roosevelt sagt: Ich bin von der Erklärung des Weißen Hauses überrascht. Es ist nicht nur für unser Land, sondern auch für die Lösung der Weltfragen bedauerlich, daß die Erklärung abgegeben und öffentlich veröffentlicht worden ist. Ich betrachte eine Zusammenarbeit in den auswärtigen Fragen als unerwünscht. Ich habe Hoover vielmehr in klarer Weise nahegelegt, seine Vertreter zu einer vorläufigen Bearbeitung der schwebenden Fragen zu ernennen und habe gebeten, über die Fortschritte dieser Vorarbeiten auf dem Laufenden gehalten zu werden. Ebenso habe ich das Angebot gemacht, mich mit Hoover während der Zeit bis zum 4. März beraten zu wollen. Ich hoffe, daß dieses praktische Programm und dieses bestimmte Angebot zu gemeinsamer Arbeit vom Präsidenten angenommen werden wird.

Frankreichs Finanzen. Finanzminister Chéron gab vor dem Finanzausschuß der Kammer Aufschluß über die finanzielle Lage. Er erklärte, daß wegen ungenügender Steuereinnahmen das Schatzamt seit Juni dieses Monats 9 Milliarden Franken in der Hauptsache durch Ausgabe von Schatzbons habe aufnehmen müssen. Um den Anforderungen der nächsten Monate gerecht werden zu können, müsse die Regierung vom Parlament die Ermächtigung nachsuchen, eine neue Tranche von Schatzbons bis zur Höhe von 5 Milliarden auszugeben, so daß die gesamte schwebende Schuld auf 14 Milliarden Franken anwachsen würde. Der Minister bezifferte das Defizit der letzten drei Jahre auf rund 17 Milliarden und das Defizit der Staatsbahnen auf 10 Milliarden Franken.

Kriegsschulden und englische Dominions. Die britische Regierung hat das Anerbieten Neuseelands auf Wiederaufnahme der Kriegsschuldenzahlungen an Großbritannien abgelehnt, da die englische Regierung in keiner Form das Neuseeland und den anderen Dominions auf Grund des Lausanner Abkommens gemacht Angebot auf Suspendierung der Zahlungen zurückzunehmen oder abzuändern wünsche.

Der polnisch-russische Nichtangriffspakt ist in Kraft getreten.

Letzte Nachrichten

Die Stellung der Sozialisten zur Regierung Paul-Boncour

W.W. Paris, 24. Dez. (Tel.) Im „Populaire“ äußert sich Léon Blum über die Beziehungen zwischen der Regierung Paul-Boncour und der Sozialisten. Das Programm des Kabinetts Paul-Boncour siehe dem sozialistischen Programm zwar nicht so nahe, daß eine Zusammenarbeit ins Auge gefaßt werden könnte, aber es mache es den Sozialisten doch möglich, der Regierung Vertrauen zu schenken. Bei Meinungsverschiedenheiten gegenüber der Regierung werde die sozialistische Kammerfraktion die bestehenden Schwierigkeiten ganz ungebunden und in jedem einzelnen Fall prüfen. Ein gemeinsamer guter Wille werde unter Umständen genügen, um das Hindernis zu überwinden und zu umgehen.

Die Inangriffnahme des Schuldenproblems

W.W. Washington, 24. Dez. (Tel.) Norman Davis, der amerikanische Hauptdelegierte bei der Abrüstungskonferenz, befindet sich auf dem Wege nach Alban, wo er am Samstag eine Vespredung mit Roosevelt haben wird. Vor seiner Abreise hatte Davis eine lange Unterredung mit Hoover und Stimson über Fragen der Weltwirtschaftskonferenz und der Abrüstungskonferenz. Nach seiner Vespredung mit dem zukünftigen Präsidenten wird er nach Washington zurückkehren und seine Konferenzen im Weißen Haus wieder aufnehmen. Man hofft, daß sein Besuch bei Roosevelt den Weg zur Inangriffnahme des Schuldenproblems ebnen wird.

Der Wechsel in der heftigen NSDAP.

D. Darmstadt, 24. Dez. (Tel.) In einer Sitzung der nationalsozialistischen Landtagsfraktion, in der sich der bisherige Fraktions- und Gauführer Lenz von seinem früheren Mitarbeiter verabschiedete, wurde der abgeordnete Reichsanwalt Julius Worms von Gauführer Sprenger zum Fraktionsführer ernannt.

Kein deutscher Literatur-Lehrstuhl in Straßburg

W.W. Straßburg, 24. Dez. (Tel.) Nach einer amtlichen Pariser Zeitungsmeldung wird der Lehrstuhl für deutsche Literatur an der Universität Straßburg in einen Lehrstuhl für seitgemäße Geschichte umgewandelt.

Deutsch-österreichische Rechtsangleichung

Im Deutschen Reich und in Österreich besteht übereinstimmend der Wunsch nach einer Neuordnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens. Es würde einen wesentlichen Schritt in der Richtung der Rechtsangleichung bedeuten, wenn es gelänge, diese Neuordnung in beiden Ländern einheitlich vorzunehmen. Nach eingehenden Vorarbeiten, die insbesondere auch von den wirtschaftlichen Körperschaften beider Länder geleistet worden sind, haben in diesem Monat Vespredungen zwischen den Sachbearbeitern des Reichsjustizministeriums und des österreichischen Bundesministeriums für Justiz in Wien stattgefunden. Dabei ist es gelungen, einen gemeinsamen Entwurf für eine neue Vergleichsordnung aufzustellen. Dieser Entwurf wird nach Erledigung einiger redaktioneller Arbeiten mit erläuternden Bemerkungen im Laufe des nächsten Monats der öffentlichen Beurteilung unterbreitet werden.

Das Ründigungsstulbengesetz

Der Sozialpolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat sich auf Eruchen des Reichsarbeitsministeriums gutachtlich zu der Frage geäußert, wie das Ründigungsstulbengesetz in der Zeit der Wirtschaftskrisis gewirkt hat. In dem Gutachten heißt es u. a., daß das Gesetz die Aufgabe habe, den älteren Angestellten eine längere Frist zum Auffuchen einer neuen Stellung zu gewähren und den Arbeitsmarkt der Angestellten vor plötzlichen Belastungen zu schützen. Diese Aufgabe habe das Gesetz in den Grenzen, in denen es gehalten sei, erfüllt. Das Gesetz sei jedoch zu schematisch, als daß es sich in der außerordentlichen Verschiedenheit der von ihm betroffenen Tatbestände voll hätte bewähren können. Das Gutachten kommt zu dem Schluß, daß der Sozialpolitische Ausschuß erhebliche Bedenken habe, für das Gesetz vom 9. Juli 1928 Änderungen vorzuschlagen.

Sitzung des Ältestenrats. Wie wir hören, wird die nächste Sitzung des Ältestenrats des Reichstags frühestens am Donnerstag, den 29. Dezember, stattfinden. Damit würde auch ein Zusammentritt des Reichstags zwischen Weihnachten und Neujahr technisch nicht mehr durchzuführen sein. In der letzten Sitzung des Ältestenrats war belamlich ein Zusammentritt in der Weihnachtswoche angeregt worden. Es ist nunmehr bestimmt damit zu rechnen, daß der Reichstag erst im Januar wieder zusammentritt.

Sieben Millionen erhalten Winterruhe. Über den Umfang der diesjährigen Winterruheaktion erfahren wir von unterrichteter Seite, daß in diesem Jahre sieben Millionen Personen von der Winterruhe betret werden. Im vergangenen Jahre belief sich die Zahl der Betreteten auf 4,5 Millionen. Während im vorigen Jahre für die Fleischverbilligungsmahnahmen 17 Millionen und für die Kohlenverbilligung 6,5 Millionen eingesetzt waren, ist in diesem Jahre diese Summe, wie gemeldet, mit 35 Millionen in Ansatz gebracht worden.

* Zur politischen Lage

Politische Weihnachten

Wenn der weihnachtliche Geist das ganze Jahr über die Politik beeinflussen würde, dann würden wir heute weniger Sorgen haben, und das Glück und die Wohlfahrt der Völker würden größer sein. Aber das ist ja gerade der Grundgedanke des Christentums, daß die Liebe erst zur Herrschaft kommen soll, daß sie ungeheure Widerstände zu überwinden hat, und daß es eine Welt des Kampfes und der Zerrissenheit ist, über welche sie triumphieren wird. Wenn die Menschen zu allen Stunden freundlich und nachsichtig und geduldig wären, wenn sie allesamt brüderlich empfänden, dann hätte Christus sich nicht für diese Menschheit zu opfern brauchen.

Einstweilen ist jedenfalls der christliche Gedanke, wie er sich so besonders schön in dem Weihnachtsfeste offenbart, nur eine Mahnung, aber noch keine Erfüllung. Verzweifeln brauchen wir darob nicht. Das Weltgeschehen zählt nicht nach Jahrzehnten und nach Jahrhunderten, es zählt nach Jahrtausenden. Und vielleicht ist sogar jetzt schon, nach 1932 Jahren der Geschichte, die Auffassung nicht ganz unbegründet, daß sich die dem Menschen anhaftende Rohheit und Selbstsucht ein wenig gemildert hat. Im Leben der Völker und im Leben der Menschen untereinander sind heute doch Unmenschlichkeiten durch Sitte und Gesetz auf ein geringeres Maß beschränkt, als früher.

Daß überall dort, wo Christen wohnen und das Weihnachtsfest feiern, schon in den Tagen und Wochen vorher eine größere Milde des Denkens und Fühlens obwaltet, das ist eine Tatsache, die sich gewiß nicht bestreiten läßt. Und sie färbt naturgemäß auch auf die Politik ab. Soweit wir heute in der Runde umherblicken, werden wir kaum in einem christlichen Volk den Zustand offenkundigen Kampfes feststellen können. Es regiert der Geist des sog. Burgfriedens. So ist es auch bei uns in Deutschland.

Ganz und gar vom weihnachtlichen Empfinden diktiert ist der am Mittwoch gefaßte Entschluß des Reichskabinetts über die Winternothilfe. Denn es handelt sich hier um ein Sofortprogramm, dessen Segnungen noch vor Weihnachten in Erscheinung treten sollen. 35 Millionen Reichsmark sind zur Verfügung gestellt, um eine Lebensmittelpverbilligung für die besonders bedürftigen Schichten unseres Volkes zu ermöglichen. Fast schien es noch in den ersten Tagen dieser Woche, daß der Konflikt zwischen Parlament und Reichskabinetts noch vor Weihnachten ausbrechen sollte. Die Klippe ist umschifft worden: der Reichsrat hat die Amnestievorlage mit der notwendigen Mehrheit gebilligt, bzw. er hat auf sein Einspruchsrecht verzichtet. Und die Nationalsozialisten haben gegen den sofortigen Zusammentritt des Reichstags noch vor Weihnachten gestimmt.

Wahrscheinlich hätten sich die Nationalsozialisten auch dann, wenn die notwendige Mehrheit im Reichsrat ausgeblieben wäre, es sich noch reiflich überlegt, ob sie an der Seite von Sozialdemokraten und Kommunisten für die sofortige Einberufung des Reichstags stimmen sollten. Die Linie ihrer Politik liegt nun einmal fest: erst Mitte Januar soll die Streiktag wieder ausgegraben werden.

Jedenfalls haben die drei süddeutschen Regierungen Bayern, Württemberg und Baden Recht getan, als sie im Reichsrat gegen die Amnestievorlage stimmten. Es sind nicht nur einzelne Bestimmungen des Amnestiegesetzes, welche den rechtsbewußten Menschen zur Opposition treiben müssen, sondern es ist auch der neue, in seiner Schroffheit kaum noch zu überbietende Eingriff in die Länder, der hier im Süden zur Abwehr gezwungen hat.

Weihnachtliches Empfinden mag wohl auch bei der zunächst natürlich durch rein politische Beweggründe veranlaßten Aufhebung der bisherigen Sondermaßnahmen mitgesprochen haben. Das Reichskabinetts will wieder normale, gesetzliche Vorschriften anwenden, und es rechnet mit dem Verständnis der Bevölkerung und der Parteien für diese Maßnahmen.

Wenn die Voraussetzung zutreffen sollte, daß die radikalen Parteien bei ihrer Betätigung im Rahmen der Gesetze bleiben, dann wird man diese Maßnahmen des Kabinetts nur mit Genugtuung begründen können. Jede Einschränkung der Freiheitsrechte des einzelnen Bürgers hat etwas Mißliches an sich. Und man müßte schon ein orientalischer Despot sein, um an dem Erlaß derartiger Vorschriften ein Vergnügen zu haben. Tatsache ist, daß sich seit dem Erlaß jener verschärfenden Bestimmungen

viele zum Besseren gewandelt hat. Ob unter dem Einfluß der neuen Paragraphen und ihrer Anwendung oder unter dem Einfluß wachsender Selbstbestimmung das bleibt die offene Frage. Das Reichskabinett ist fest entschlossen, von neuem zuzugreifen und neue, scharfe Vorschriften zu erlassen, wenn es sich in seinen Erwartungen getäuscht sehen sollte.

Das Kabinett Paul-Boncour

Auch in Frankreich scheint die Rücksicht auf das Weihnachtstfest eine rasche Lösung der Kabinettskrise herbeigeführt zu haben. Es ist ein Kabinett Paul-Boncour, das schließlich zustande kam. Mit Recht hat man dieses Kabinett — trotz geringfügiger Abweichungen — seinem politischen Sinne nach ein „Kabinett Herriot ohne Herriot“ genannt.

Schon allein dies kennzeichnet aber die Schwierigkeiten, denen sich das Kabinett sehr bald gegenüber sehen wird. Was seine parlamentarische Untermauerung betrifft, so ist es, jenachdem auf die Zustimmung der Sozialisten oder der Rechten angewiesen. Stimmen beide Gruppen zusammen, so ist das Geschick des neuen Kabinetts besiegelt. Von der Rechten ist eine Toleranz kaum zu erwarten, und die Sozialisten haben ihrerseits noch keine Neigung bekundet, dem neuen Kabinett treue Gefolgschaft anzubieten.

Die nächste, wichtigste Aufgabe Paul-Boncours ist die Wiederherstellung vernünftiger Beziehungen zu Nordamerika. Diese Beziehungen sind aufs schwerste gestört. Und wenn auch Präsident Hoover zu erkennen gegeben hat, daß er sehr wohl über eine neue Schuldregelung mit sich werden lassen, so hat er doch hinzugefügt, daß bei dieser Regelung nur diejenigen Schuldner ein Entgegenkommen zu erwarten hätten, welche die Dezemberberrate gezahlt hätten. Frankreich, Belgien und Polen haben sie nicht bezahlt.

Nun ist von vornherein nicht recht einzusehen, wie Paul-Boncour etwas gelingen sollte, was Herriot auch nicht gelungen ist: nämlich die Zubilligung einer Stundung (in diesem Falle einer nachträglichen Stundung von seiten Amerikas), oder die Zustimmung der Kammer. Es wird erzählt, daß Paul-Boncour im Kabinett Herriot von vornherein als Gegner der Zahlung der Schuldenrate aufgetreten sei.

Was hat Deutschland von einem Kabinett Paul-Boncour zu erwarten? Nicht viel anderes, als von einem Kabinett Herriot. Paul-Boncour war ja Kriegsminister im Kabinett Herriot und ist als einer der Väter des französischen Abrüstungsplans zu bezeichnen. Er hat diesen Plan gegen den Widerstand der französischen Generalität durchgeschoben. Und das zeigt immerhin, daß er nicht gewonnen ist, sich und seine Politik einem schrankenlosen Militarismus auszuliefern.

Aber andererseits ist auch dieser Plan noch keineswegs das, was Deutschland erwarten mußte, wenn wirklich die Abrüstungskonferenz auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit einer von allen Teilnehmern unterzeichneten, den wahren Frieden verbürgenden Entschließung enden sollte. Zum mindesten läßt der Plan so viele Fragen offen, daß Deutschland ihm bei aller Anerkennung des

Bayreuth 1933-Prospekt

Noch kurz vor Jahresende ist der Prospekt für die Bayreuther Bühnenspiele im nächsten Sommer herausgegeben worden. Auch er macht den besonderen Charakter der bevorstehenden Jubiläumsaufführungen sofort kenntlich durch ein von Hans von Holzogen geschriebenes Geleitwort, sowie durch mehrere aus der letzten Lebenszeit Richard Wagners stammende, zum Teil bisher unveröffentlichte Bildbeilagen. Schon deshalb dürfte seine so rechtzeitige Publikation jedem Freund der Bayreuther Sache willkommen sein, aber auch von Interesse für alle, die im Festspieljahr 1933 an den von Ende Juli bis Mitte August vorgesehenen Aufführungen — achtmal „Meisterfänger“ und fünfmal „Parsifal“ (beide unter Arturo Toscanini), zweimal „Ring des Nibelungen“ (in der neuen Dekoration von Emil Prezelorius, und in Heinz Tiejens Inszenierung, unter Karl Elmendorfs musikalischer Leitung) — persönlich teilnehmen wollen. Denn man sucht in dem sehr geschmackvoll ausgestatteten Heftchen nicht vergebens nach allen nötigen Informationen von der genau angegebenen Spielfolge und der Kartenbesorgung an bis zu Hinweisen bezüglich der Unterkunft und Mitteilung der besten und schnellsten Zugverbindungen samt einer knappen Orientierung über alles sonst noch von der fränkischen Stadt und ihrer Umgebung (Automobilausflüge) zunächst Wissenswerte.

Die Vorbereitungen für die Festspiele 1933 sind nunmehr soweit gediehen, daß ein Teil der Hauptmitwirkenden genannt werden kann. U. a. wurden verpflichtet: Frida Leider als Brünnhilde und Kundry; Maria Müller als Eva und Siglinde; Wigrig Oregin als Frida und Waltraude; Max Lorenz als Siegfried und Walthar von Stolzing; Rudolf Vodekmann als Hans Sachs und Wolan; Fritz Wolff als Walthar von Stolzing und Parsifal; Heinrich Schlusnus als Amfortas; Emanuel List als Hagen, Hunding und Fasner; Iwan Andrejew als Gurnemanz und Fasolt; Herbert Janßen als Amfortas, Erich Zimmermann als David und Mime; Eugen Fuchs als Beckmesser. Eine vollständige Liste der Mitwirkenden wird demnächst veröffentlicht werden.

Die Ingenieurschule Weimar, die unter namhafter Erweiterung ihrer Einrichtungen 1931 von Altenburg nach Weimar überföhrte, führt zur Zeit ihr 75. Semester. Die Anstalt verfügt über musterträchtig eingerichtete Sonderabteilungen für Elektrotechnik, Maschinenbau, Automobilbau, Flugzeugbau und Papiertechnik. Ihr ist eine staatlich konzessionierte Fliegererschule angegliedert. Die leistungsfähigen Lehrwerkstätten, die in die Liste der anerkannten Ausbildungsbetriebe für Jungpraktikanten eingetragen ist, befaßen sich u. a. mit dem praktischen Flugzeugbau. Der Weltrekordsegelflieger Robert Kronfeld ist Mitarbeiter der Anstalt und leitet den Flugzeugbau. Sein neuestes Segelflugzeug „Austria II“, mit dem er letzthin in Wien vor 25 000 Zuschauern aufsehenerregende Kunstflüge ausführte, ist in den Werkstätten der Ingenieurschule Weimar erbaut. Auch Hauptmann Köhls Versuchsfeld befindet sich in der Ingenieurschule Weimar.

durch ihn gegebenen Fortschritts nur mit Skepsis betrachten kann.

Noch bedenkllicher ist die Tatsache, daß in den letzten Wochen von französischer Seite eine regelrechte Kampagne unternommen worden ist, um die Bedeutung der Entschließung der Fünfmächtekonferenz abzuschwächen. Allerdings begann dieser publizistische Kampf noch in den letzten Tagen des Kabinetts Herriot. Aber es unterliegt gar keinem Zweifel, daß Paul-Boncour ihn gebilligt hat. Jedenfalls mahnen uns die Vorgänge in Frankreich nach wie vor zur äußersten Vorsicht.

Aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung

Die Rede Dr. Geretes — 40-Stundenwoche

Am Freitagabend sprach über alle deutschen Sender der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Dr. Geretes. Er gab zunächst ein Bild der allgemeinen deutschen Arbeitsmarktlage und führte in diesem Zusammenhang die einzelnen bisher getroffenen Maßnahmen an, um der Not gerade auf diesem Gebiet zu steuern. Jetzt sei es vor allen Dingen nötig, die eingeleiteten und geplanten Arbeiten schleunigst durchzuführen. Das gelte vornehmlich für landwirtschaftliche Meliorationen, für die 342 Millionen RM. aufgewendet würden. Für vorläufige Kleinanbauten seien 78 Millionen, zur Förderung des Eigenheimbaues 20 Millionen bereitgestellt worden. Zur Instandsetzung von Wohnungen usw. würden 50 Millionen bewilligt werden.

Dr. Geretes kam dann auf den Kern seines schon bekannten Arbeitsbeschaffungsprogramms zu sprechen, eine möglichst umfassende Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand zu erreichen. Die Privatinitiative könne die Schwierigkeiten nicht allein lösen. Es sei Pflicht der öffentlichen Hand, der Privatwirtschaft auch durch Arbeitsaufträge neben der notwendigen steuerlichen Entlastung jede nur mögliche Unterstützung angedeihen zu lassen. Alle vorhandenen Möglichkeiten müßten ganz nützlich und real ausgeschöpft werden. Träger aller öffentlichen Arbeiten erhalten zunächst bis 500 Millionen RM. Darlehen. Die Durchführungsbestimmungen folgen in Kürze. Bei einer Tilgungszeit von beispielsweise 20 Jahren beträgt die Rente jährlich 6 Prozent des Darlehens. Die Hauptknoten des Kapitaldienstes trägt das Reich. Außerdem werden noch zwei Freijahre vorgezogen. Sämtliche Arbeiten müssen volkswirtschaftlich wertvoll und nötig und möglichst 1933 beendet werden. Sie sollen vornehmlich der Instandsetzung und Verbesserung vorhandener Anlagen dienen. Durch Überwachung sollen Fehlinvestitionen ausgeschlossen sein. Die Vergebung öffentlicher Arbeiten soll grundsätzlich an Unternehmer, nicht Generalunternehmer, erfolgen. Mittlere und kleinere Betriebe in Handwerk und Gewerbe sind zu berücksichtigen und Schwarzarbeit zu unterbinden. Nach Möglichkeit soll menschliche Arbeitskraft der Maschine vorgezogen werden. Außerdeutsche Baustoffe dürfen nur bei Fehlen heimischer Produkte verwendet werden. Nur inländische Erzeugnisse sind bei Neueinstellungen zu berücksichtigen und hierbei wieder in erster Linie Väter kinderreicher Familien. Die Arbeitszeit von wöchentlich 40 Stunden soll, um möglichst vielen Arbeit zu geben, nicht überschritten werden. Im Rahmen dieses Programms ist die Lage der Gemeinden in finanzieller Hinsicht genau zu prüfen und der Kredit möglichst so zu gestalten, daß auch die am schlechtesten gestellten Gemeinden ihn aufnehmen können.

Einspruch gegen den Margarinebeimischungszwang. Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afabundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes haben beim Reichskanzler gegen jede Kontingentierung der Einfuhr von Margarineerzeugnissen und jeden Beimischungszwang zur Margarine protestiert.

Bürgermeisterwahl in Hamburg. Der Senat hat für das Jahr 1933 Bürgermeister Dr. Karl Petersen zum ersten Bürgermeister und Bürgermeister Rudolf Noos zum zweiten Bürgermeister gewählt.

Kundentütre des Papstes am Weihnachtsabend. Am Weihnachtsabend wird die vatikanische Radiostation die Rede des Papstes an die Kardinal- und an die römischen Prälaten übertragen. Die Übertragung beginnt um 24 Uhr (MEZ.) und erfolgt auf Welle 1984.

Amerika und die interalliierten Schulden. Im amerikanischen Staatsdepartement wurde bestätigt, daß in den Fragen der interalliierten Schulden, des Handelsvertrags mit Frankreich und der Weltwirtschaftskonferenz keine neuen Schritte unternommen werden sollen, bevor Roosevelt sein Amt antritt.

Kleine Chronik

Bei kommunistischen Ausschreitungen in Elberfeld wurden zwei Polizeibeamte schwer verletzt. In einigen Sitzungen wurden die Laternen durch Steinwürfe zertrümmert, in anderen das Straßenpflaster nach Einbruch der Dunkelheit aufgerissen. Drei Personen wurden durch Schüsse verletzt, jedoch besteht bei keiner Lebensgefahr. Die Kräfte der Polizei benutzten mehrfach die Gelegenheit, Räder, deren Schelben sie einwarfen, auszulüpfen.

Die Vertreter des Nebenlagers Dr. Fetisch wollen gegen die Freisprechung Geheimrat Garos Verurteilung beim Reichsgericht anmelden. Die Akten des Prozesses, die dem Nebenlager aufgelegt worden sind, sind noch nicht berechnet worden, dürfen sich aber — entgegen phantastischen Schätzungen — um 100—150 000 RM. herum bewegen, da sie sich ja nur aus den eigentlichen Gerichtsakten, den Gebühren für Zeugen und Sachverständigen und den gesetzlichen Gebühren der Verteidiger zusammensetzen. Natürlich werden die privatim vereinbarten Honorare, die Dr. Fetisch nicht zu ersehen hat, bedeutend höhere Summen ausmachen.

Der Herausgeber der „Weltbühne“ in Berlin, Carl von Offelt, der wegen Landeserrat zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt worden war, ist auf Grund der Amnestie am Donnerstag aus dem Gefängnis entlassen worden.

Fünf Ärzte von Czernowitz in der Bukowina (Rumänien) erkrankten an Tollwut. Sie hatten ein Mädchen behandelt, das von einem tollwütigen Hund gebissen worden war und schließlich starb.

Bei schweren Erwerbslosenaustrittungen in Glasgow wurden 14 Polizeibeamte verletzt. Fünf Demonstranten wurden festgenommen.

In der italienischen Artillerieschule von Nettuno, nahe bei Rom, ereignete sich beim Füllen der Munition eine Explosion, die 5 Soldaten das Leben kostete.

In Fukagawa, einem östlichen Vorort von Tokio, richtete ein Großfeuer erheblichen Schaden an. 14 Personen kamen in den Flammen um, 4 wurden schwer verletzt, 30 werden noch ver-

Badischer Teil

Steuersteuern

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

„Gemäß § 18 Buchstabe b des Einkommensteuergesetzes vom 9. Dezember 1922 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 806) wird auf die Erhebung einer Einkommensteuer bei der Einfuhr von Fleisch, Fleisch- und Wurstwaren aus dem Lande Thüringen in das Gebiet des badischen Staates im Wege der Gegenseitigkeit verzichtet. Diese Regelung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1933 an in Kraft.“

Ein Hirtenbrief des Prälaten zum Neujahrstag

In den Gottesdiensten der badischen Landeskirche am Neujahrstag wird ein Hirtenbrief des Prälaten D. h. c. Köhlerin verlesen. Er richtet zunächst an die treuen Kirchenglieder die Aufforderung, denen die Hand zu reichen, die unter dem Druck äußerer Not in Gefahr stehen, dem Christenglauben abzusagen und den Sinn ihres Lebens zu verlieren. Sodann wird die Bitte ausgesprochen, den kostbaren Schatz des christlichen Hauses vor aller drohenden Entartung und Zerschlagung in einer Zeit, in der das Familienleben auf das höchste gefährdet ist, zu hüten und die Familien mit christlichem Geist zu durchdringen, damit unsere Häuser Stätten der Freude und des Friedens werden und so von innen heraus sich unseres Volkes Leben wieder erneuern.

Das ist auch nötig um der Jugend willen, die um ein neues Lebensideal ringt, manchmal über das Ziel und über das Verständnis des älteren Geschlechts hinausgeschickt und besonders schwer von der Arbeitslosigkeit betroffen wird. Wir müssen der Jugend helfen mit Geduld und Vertrauen und es als unsere Aufgabe betrachten, die vielfach überschäumenden Wasser in das rechte Bett zu leiten.

Ebenso tut uns eine Erneuerung des kirchlichen Lebens not, zumal das Parteiwesen auch die Kirche und die Gemeinden zu zerfetzen droht. Wir können nicht dankbar genug sein, daß unsere Kirche über allen Parteien steht. Zum Schluß des Hirtenbriefes wird an die Gemeinden die herzliche Bitte gerichtet, in ihrer bisherigen Opferfreudigkeit auch im neuen Jahre nicht müde zu werden und so zu bedenken, daß außerordentliche Zeiten auch außerordentliche Opfer erfordern.

Sorderungen des Handwerks

In seiner letzten Sitzung hat der Vorstand der Handwerkskammer Karlsruhe Forderungen des Handwerks gestellt, die folgendes betreffen:

1. Beseitigung der Hauszinssteuer oder ihre volle Aufrechnung gegen durchgeführte Hausinstandsetzungsarbeiten;
2. sofortige Beseitigung aller nicht im öffentlichen Interesse gelegenen Regiebetriebe der öffentlichen Hand und der Wirtschaft;
3. Anwendung schärfster Bekämpfungsmittel gegen die Schwarzarbeit;
4. die Behörden seien anzuweisen, die Verbundungsordnung für Bauleistungen ihrem Sinn und Geist entsprechend durchzuführen;
5. Maßnahmen zur Kreditverleicherung für den gewerblichen Mittelstand durch Bereitstellung von ausreichenden Guthabemitteln und Zinsentzug;
6. allgemeine Lastensenkung in Reich, Staat und Gemeinden, Anpassung der Steuern und Gebühren an die augenblicklichen Einkommensverhältnisse, Finanz- und Verwaltungsreform für Reich, Länder und Gemeinden;
7. Sicherung der Lebenshaltung der breiten Massen des Volkes bei allen sozialpolitischen Maßnahmen zum Schutze der Kaufkraft.

Von der sofortigen und reiflichen Erfüllung dieser Forderungen, so bejagt die Erklärung zum Schluß, hängt das Leben unzähliger Handwerkerfamilien ab, auf deren notwendige Erhaltung bisher fast alle Regierungen hingewiesen haben.

Die Tätigkeit der öffentlichen Berufsberatung im Geschäftsjahre 1931/32

Die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung der Arbeitsämter im Bezirk des Landesarbeitsamts Süddeutschland wurde in der Zeit vom 1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932 von insgesamt 31 665 Jugendlichen, 20 217 männlichen und 11 448 weiblichen aufgeführt. Gemessen an den Aufsuchendenzahlen des Vorjahres zeigt sich ein Rückgang von 9 v. H., der seine natürliche Erklärung in dem in Auswirkung des Geburtenrückganges prozentual sehr viel stärkeren Absinken der Entlassungszahlen der Volksschulen findet, die in diesem Jahre ihren tiefsten Stand erreicht haben.

In der Lehrstellenvermittlung machen sich die Folgen der Wirtschaftskrise in erhöhtem Maße geltend: Industrie, Handel und Handwerk haben die Lehrlingshaltung noch mehr eingeschränkt. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Lehr- und Anlernstellen für männliche Jugendliche, die 1929/30 über 16 000, 1930/31 noch mehr als 13 000 betrug, sank auf 9 900 herab. Viele dieser gemeldeten Lehrstellen wurden wegen Arbeitsmangel wieder zurückgezogen, so daß die Zahl der für die Vermittlung zur Verfügung stehenden tatsächlich wesentlich niedriger war. 6616 von den männlichen Aufsuchenden konnten in Lehr- und Anlernstellen untergebracht werden, 303 gingen an Fachschulen, 691 an Hochschulen. Auf dem weiblichen Lehrstellenmarkt standen rund 2500 Lehrstellen zur Verfügung, 1000 weniger als 1930/31. 1989 der Bewerberinnen konnten vermittelt werden.

Was die Berufswünsche der männlichen Jugendlichen betrifft, so zeigt die Zahl der Bewerber um Lehrstellen in den Metallberufen und dem Baugewerbe den stärksten Rückgang. Dagegen waren Lehrstellen in den Nahrungsmittelberufen, die meist noch mit Kost und Wohnung versehen werden, und im Bekleidungs- und Lederhandwerk begehrt als im Vorjahre. Bei den lehrstellenjüngeren Mädchen war die überwiegende Zahl der Berufswünsche auf den kaufmännischen Beruf — Verkäuferin und Kontoristin — gerichtet. Die Zahl der Bewerberinnen um Lehrstellen im Bekleidungs- und Lederhandwerk zu den hauswirtschaftlichen Berufen hielt sich auf der gleichen Höhe wie 1930/31.

Verbandsparlamente Adolfszell. Die Stelle des Geschäftsleiters der Öffentlichen Verbandsparlamente Adolfszell, die auf 1. April 1933 frei wird, ist dem Revisionsoberinspektor Karl Leicht beim Badischen Sparkassen- und Giroverband in Mannheim übertragen worden. Die Einigung des Herrn Leicht für diesen Posten ist dem Verwaltungsrat — wie dieser mitteilt — der Sparkasse aus Anlaß verschiedener von Herrn Leicht vorgenommenen Revisionen so ausreichend bekannt, daß eine Ausschreibung sich erübrigte.

Amnestie-Ausführung in Baden

Das Justizministerium hat schon bisher in allen Fällen, in denen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Antiterro-
verordnung vom 9. August d. J. auf Zuchthausstrafen erkannt wurde, diese in Gefängnisstrafen von gleicher Höhe umge-
wandelt und darüber hinaus einen weiteren Gnadenbeweis für einen Teil der Freiheitsstrafen in Aussicht gestellt. Es handelt sich hierbei um vier Straffachen, die sich nach Sachlage sowohl im Hinblick auf die Persönlichkeit der Verurteilten wie auf die Art der Straftaten zu einer Begnadigung im obigen Umfange eignen.

Im Fall Gährigen wurden durch die große Strafkammer des Landgerichts Karlsruhe mit Urteilen vom 12. und 13. August d. J. zahlreiche Einwohner von Gährigen wegen Auf-
rührs, Landfriedensbruch u. a. zu Gefängnisstrafen von 6 bis 10 Monaten abzüglich je 6 Wochen Untersuchungshaft verurteilt. Mit Erlaß vom 12. Dezember d. J. Nr. 66 808 wurden sieben Verurteilte, die mit 6 Monaten Gefängnis bestraft worden sind, auf 20. Dezember d. J., die übrigen vier Verurteilten auf 14. Januar nächsten Jahres auf Wohl-
verhalten beurteilt, die Erstgenannten nach Verbüßung von etwa 1/2 Monaten ihrer monatlichen Strafe, die übrigen nach Verbüßung von etwas über zwei Monaten ihrer Strafe.

In zahlreichen Einzelfällen politischer Art wurde unter Berücksichtigung der besonderen Lage des Falles und der familiären und wirtschaftlichen Verhältnissen des Verurteilten vom Vollzug der Freiheitsstrafe völlig abgesehen und an deren Stelle Strafausschub auf Wohlverhalten, unter Auf-
erlegung einer den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßten, in Raten zahlbaren Geldbuße bewilligt.

Nach der Zustimmung des Reichsrats zum Amnestiegesetz hat die Badische Justizverwaltung noch am gleichen Tage, das ist am 20. Dezember 1932, den sofortigen Vollzug nach Erscheinen des Gesetzes anordnet. Die Anordnung ist am 21. Dezember 1932 im Justizministerialblatt veröffentlicht.

Gemeinderundschau

Bauliche Veränderungen in Mannheim. Es hat sich herausgestellt, daß trotz aller gebotener Sparmaßnahmen einige größere bauliche Maßnahmen nicht mehr zu vermeiden sind. So genügt nicht mehr der **Stromhauptstapel** in seiner ver-
allerten Einrichtungen den Erfordernissen der Betriebsfähig-
keit und bedarf des Ersatzes. Der Gesamtaufwand beträgt 270 000 RM.; die Arbeiten werden längere Zeit in Anspruch nehmen. Der noch im laufenden Etatjahr anfallende Kosten-
betrag von 70 000 RM. wird dem Erneuerungsfonds der Werke entnommen. Ferner sind bauliche Verbesserungen im
Haut- und Sonderbau des **Krankenhauses** nicht zu umgehen. Der Stadtrat stellt hierfür 26 100 RM. bereit. Die Deckung dieses Betrages wird aus Wirtschaftsmitteln durch Einstel-
lung entsprechender Summen in die Etats der nächsten Jahre erfolgen.

Tarifliche Entlohnung städtischer Fürsorgearbeiter. Der Stadtrat Heidelberg beschloß unter Aufhebung der einstweiligen
Regelung vom 2. Oktober, daß mit Wirkung von der ersten
Lohnwoche nach dem 1. Januar 1933 an die in städtischen
Regelbetrieben beschäftigten Fürsorgearbeiter nach der Gruppe
III a des Gemeindefürsorgearbeitertarifes bei 45stündiger Arbeitswoche
entlohnt werden und zweitens, daß diese Entlohnung auch die
vom städtischen Forstamt im Wald beschäftigten Fürsorgearbeiter
erhalten sollen. Der Oberbürgermeister hat sich die Ent-
scheidung darüber, ob und inwieweit er gegen diesen Beschluß
auf Grund der Haushaltsverordnung Einspruch erheben
müsse, vorbehalten.

Der Stadtrat Heidelberg wählte als Nachfolger des in den
Dienststand getretenen Oberforstrats Krutina den bisherigen
Dienstvorstand des Forstamtes Zell am Harmersbach, Forst-
rat **Emmal Fruch.**

Die Bauarbeiten am Wertheimer Schutthafen haben bisher
gute Fortschritte gemacht. Lage und Form des zukünftigen
Hafenbeckens sind bereits erschichtlich. Die Seitenwände sind
bereits abgegraben. Das Becken ist bis zur Hälfte ausgehoben.
Von 110 000 Kubikmeter Erde sind bereits 45 000 Kubikmeter
bewegt. Seit kurzem ist ein großer Raupenschlepper eingesetzt.
Zwei Kumpflöcher sorgen Tag und Nacht für die Entfernung
des in die Baustelle eindringenden Wassers. An der Baustelle
sind ferner fünf Kleinbahnen in Betrieb.

Der Gemeinderat **Kembs** (bei Wertheim) hat sämtlichen
Gemeindefürsorgearbeitern und -bediensteten einschließlich dem For-
st- und Ziegenbockhalter, gekündigt, weil man die bisherige
Bezahlung nicht mehr leisten könne.

Die Baulitigkeit in Forzheim. Im Jahre 1932 erstreckte
sich die Baulitigkeit der Stadt Forzheim auf etwa 40 Neu-
bauten, ausschließlich Ein- und Zweifamilienhäuser im Ge-
biet der halboffenen und offenen Bauweise. Außerdem wurden
rund 60 Stadtrandneubauhäuser erstellt.

Der Bürgerausschuss **Forst** (bei Bruchsal) hat unter dem
kommissarischen Bürgermeister den Voranschlag für 1932/33
mit 27 gegen 24 Stimmen (Kommunisten und Nationalsozialisten)
angenommen. Der Umlagefuß beträgt 87,3 Prozent. Dazu
kommt eine zweifache Bürgersteuer.

Handhabung Kaffee. Der Stadtrat stimmte dem Projekt
einer Handhabung unter der Voraussetzung zu, daß die Do-
mänenverwaltung das nötige Gelände auf dem ehemaligen
Heinen Exerzierplatz zur Verfügung stellt und das Reich die
Geldmittel gibt. Es kommen 12 Siedlerstellen in Frage, für
die sich 30 Bewerber meldeten.

Neue Ringstraße. Die seit dem Jahre 1896 in **Kuenheim**
bei Rehl bestehende Fährstraße über die Ringstraße, die damals beim
Beginn des Rehl-Fabrikbaus errichtet wurde, ist nunmehr
durch eine neue Ringstraße ersetzt worden. Der Verkehr
über die neue Brücke konnte bereits aufgenommen werden,
nur die rechte Zufahrtsstraße ist noch nicht fertig, da die
Pflasterungsarbeiten wegen des eingetretenen Frostes ein-
gestellt werden mußten.

Alle Feuersprüche wieder in Dienst. Die Not der Zeit ge-
staltet es der Gemeinde **Scherzheim** (bei Rehl) nicht, sich eine
neue Feuersprüche anzuschaffen. Deshalb wurde jetzt die im
Jahre 1829 von einem Universitätsmechanikus in Freiburg
geerbte Feuersprüche wieder hergerichtet und in den Dienst
der Freiwilligen Feuerwehr gestellt. Diese altbewährte
Feuersprüche dürfte wohl eine der ältesten badens sein.

Der Stadtrat **Lahr** genehmigte den Abschluß einer Kau-
tionsversicherung für das Personal der Stadtkasse beim Badischen
Gemeindeversicherungsverband. Weiter beschloß der
Stadtrat für die künftige Bearbeitung von Gesuchen und Grab-
steinen politische Abzeichen nicht zuzulassen und Photographien
weder auf Stein, noch Grabplatten und Kreuzen zu gestatten.

Finanzamt Hornberg bleibt bestehen. Nach einer Mitteilung
des Landesfinanzamtes Karlsruhe wird das Finanzamt Horn-
berg in der bestehenden Form weitergeführt werden. Das
Reichsfinanzministerium hat seine Absicht, dieses Finanzamt
als Sparmaßnahme aufzuheben, aufgegeben.

Der Voranschlag der **Stadt Engen.** Die Umlage ist die gleiche
wie im Vorjahre, nämlich 91 Pf. für das Grundvermögen,
53 Pf. für das Betriebsvermögen und 62 Pf. für den Gewerbe-
ertrag.

Der Bezirksrat **Bollach** genehmigte die Kostentragung von
78 Hektar meist Waldbestand von dem 101. Sektor umfassen-
den geschlossenen Hofgut „**Kobbergerhof**“ in Bollach. Als
Käufer kommt die Firma **Gebrüder Karlin** in Schillach in
Bollach. Der Kaufpreis beträgt 200 000 RM.

Der Bürgerausschuss **Rheinfelden** beriet, nachdem er gegen
die Stimmen der Kommunisten einen Verkauf von Bauge-
lände bewilligt hatte, den Voranschlag der Gemeinde. Vom
Bürgermeister wurde dazu ausgeführt, daß dieser Voran-
schlag ein Zwangssatz sei. Während der **ungebedeete Aufwand**
im vorigen Rechnungsjahr 862 636 RM. betragen habe, sei er
heute mit 455 352 RM. angesetzt. Doch wäre es durch Kür-
zung der Ausgaben gelungen, eine Erhöhung der Bürger-
steuer und die Einführung der Getränkesteuer zu vermeiden.
Da die Steuerquellen der Gemeinde sehr beschränkt sind,
müßte jedoch die Gesamtumlage zum gesetzlich zulässigen
Höchstsatz hinausgeschraubt werden. Nach langer Debatte
wurde dann der Voranschlag ebenfalls mit allen gegen die
sechs Stimmen der Kommunisten genehmigt.

Der Bürgerausschuss **Böhenbach** hat einstimmig der Auf-
lösung der Städtischen Sparkasse Böhenbach, sowie dem Ver-
trag mit der Städtischen Sparkasse Willingen zwecks Errichtung
einer Zweigstelle der Sparkasse Willingen in Böhenbach seine
Zustimmung erteilt.

Aus der Landeshauptstadt

Geben ist seeliger denn nehmen

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die **Karlsruher Not-**
gemeinschaft eine Zwischenbilanz:

Seit dem 1. Oktober 1932, dem offiziellen Beginn des Win-
terhilfsjahres sind im ganzen durch die Berggruppen, die Lot-
terie und auf den verschiedenen Konten der Notgemeinschaft
eingegangen rund 81 000 RM.; hieron sind Barspenden
52 000 RM., Waren spenden 19 000 RM., das Lotteriergebnis
10 000 RM. und Reinerträge aus Veranstaltungen 900 RM.
Die für die Monate Januar bis mit März 1933 gezeichneten
Spenden belaufen sich, Geld- und Warenspenden zusammen,
auf 167 000 RM. Das jetzige Ertragsrisiko der bereits einbezah-
lten Spenden bleibt gegenüber dem Vorjahr um den
ausgesprochenen Betrag von über 30 000 RM. zurück. Trotzdem stellt
es der Gerechtigkeit der Karlsruher Bürgergemeinschaft ein gutes
Zeugnis aus. Während die Zahl der als bedürftig anerkannten
Familien und Einzelpersonen Mitte Dezember des vorigen
Jahres 10 221 betrug, ist diese Zahl in diesem Jahr bereits
auf 12 665 angewachsen, übersteigt also fast um 2500 den vor-
jährigen Versorgungsbestand. Gerade in dieser Zahl macht sich
die erhebliche Zunahme der Not auch in Karlsruhe bemerkbar.

Als erste Spendenverteilung wurden rund 22 000 Zentner
Brot für die Bedürftigen ausgeben. Die zweite große
Spendenverteilung war die in den Tagen vor dem Weihnachts-
fest erfolgte Ausgabe der Lebensmittelgutscheine. Die Kosten
dieser Verteilung belaufen sich allein auf etwa 23 000 bis
24 000 RM. Als dritte Spendenverteilung sind die Gutscheine
für eine nochmalige Brotverteilung, die in den ersten Tagen
des Monats Januar stattfindet, bereits vor den Festtagen
ausgegeben worden. Hierbei kommen über 23 000 Zentner
Brot und Kohlen zur Verteilung, also wiederum ein Gü-
terzug mit 57 Doppelwaggons. Der normale Wert dieser
Spende beträgt 33 000 RM.; die Karlsruher Notgemeinschaft
hat allerdings dafür nur einen Betrag von rund 17 000 RM.
bezahlen müssen. Nach Erledigung dieser Verteilung sind
über 100 Doppelwaggons Brot mit rund 45 000 Zentner an
die Notleidenden zur Ausgabe gekommen. Durch die ver-
billigte Mittagsmahlzeit, bei welcher rund 5000 Essen täglich
in den Wohlfahrtsküchen abgegeben werden können, wurden
seit 1. Oktober bis jetzt über 160 000 Essen mit einem Gesamt-
wert von 24 000 RM. an die Bedürftigen herausgegeben. Außer-
dem konnten an die Bedürftigen an Warenspenden ausgegeben
werden: 715 Zentner Kartoffeln, 2832 Laib Brot, 6790 Pfund
Lebensmittel, 526 Lebensmittelgutscheine im Wert von 802
RM., 1200 Meter Stoff, Bekleidungsgegenstände im Werte
von 1800 RM., Sausrat im Wert von 220 RM., sonstige
Spenden im Wert von 1100 RM., 8700 Freitische und 15 000
Schülerfreitische.

Nicht nur der Verringerung der materiellen Not hat die Not-
gemeinschaft ihre Tätigkeit gewidmet, sondern auch der Be-
helfung der seelischen Not, unter der gerade so viele der
Hilfsbedürftigen leiden. Der Ausschuss für Bildung und Un-
terhaltung hat bereits wieder seit Mitte Dezember seine
Kurse eingerichtet. Die Theatergruppe des Bildungsausschusses
konnte seit 1. Oktober im ganzen 8 Theateraufführungen im
Studentenhaus veranstalten, durch welche insgesamt 6100
bedürftige Personen gute Unterhaltung geboten werden konnte.

Viel ist geleistet worden, es bleibt aber noch viel bis zum
Beginne des Frühjahres zu tun. In alle wird die inständige
Bitte gerichtet, die Karlsruher Notgemeinschaft auch nach
Weihnachten und im neuen Jahre in gleich vorbildlicher Art
zu fördern, wie das bisher geschehen ist.

Vom Kreuzer „Karlsruhe“. Der Kommandant des Kreuzers
„Karlsruhe“, Kapitän zur See, Bahner, in Kiel, hat in einem
sehr freundlichen Schreiben an den Oberbürgermeister namens
der Offiziere und der gesamten Besatzung des Kreuzers
„Karlsruhe“ für die Willkommgrüße und Aufmerksamkeiten
gedankt, die die Stadtverwaltung den Offizieren und Mann-
schaften anlässlich der Rückkehr des Schiffes von seiner zweiten
Auslandreise erwiesen hat. Er überreicht der gesamten Bür-
gerschaft gleichzeitig beste Weihnachts- und Neujahrswünsche.
Der Oberbürgermeister hat diese Mitteilung und die guten
Wünsche mit dankenden Worten erwidert.

Ein tödlicher Verkehrsunfall ereignete sich am Freitag zwi-
schen Mühlburg und Teutschneureut, dem der 25 Jahre alte
Hofschloß aus Teutschneureut zum Opfer fiel. Knobloch
kam aus Karlsruhe und wollte auf seinem Motorrad nach
Hause fahren. Kurz vor der Bahnlinie Neureut-Mühlburg
kam ihm ein Lastzug entgegen, den er aber offenbar infolge
des Nebels nicht sah. Der Motorradfahrer streifte den linken
Koffel des Lastkraftwagens und wurde zu Boden geworfen.
Hierbei erlitt er einen Schädelbruch, der seinen sofortigen Tod
herbeiführte.

Badisches Landestheater. Die am Montag, dem 26. Dez.,
dem zweiten Weihnachtsfeiertage, vormittags 11.15 Uhr, statt-
findende „**Morgenfeier**“ wird ihrem Titel „**Deutsche Weih-**
nacht“ entsprechend streng den Charakter des christlichen Festes
wahren, das den Anlaß zu ihrer Veranstaltung gab. Alle
Darbietungen des Programms tragen im Musikalischen wie
Registralischen dem Geiste der Weihnachtsgeschichte des Evan-
gelisten St. Lukas Rechnung, die nach einleitendem Horn-
quartett durch Ulrich von der Trenck gesprochen werden wird.
Nach zwei von Elise Wank gesungenen Marienliedern aus
dem 17. Jahrhundert und drei von Stefan Dahlen vorge-
tragenen Gedichten von Rainer Maria Rilke bildet den Beschluß
das Singspiel „Die ewige Weihnacht“ von R. Alberdes und
Alfred Hopp, mit der von H. Salomon arrangierten Musik.

Der **Regensburger Domchor**, der in Domkapellmeister Dr.
Schrems gegenwärtig einen unbefristeten Führer besitzt,
kommt gleich nach den Feiertagen auf der Durchreise zur

(bayerischen) Pfalz an Karlsruhe vorüber und gibt am Dien-
stag, den 27. Dezember, im Eintrachtsaal zwei Konzerte: nach-
mittags 3½ und abends 8 Uhr. Die Vorbereitung der beiden
Konzerte wurde der Firma **Kurt Neufeldt** übertragen, bei der
der Vorverkauf lebhaft eingeleitet hat. Zwei weitere Verkaufsstel-
len wurden in der Buchhandlung **Bielefeld** und in der
Herderischen Buchhandlung eingerichtet.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe
vom Samstagmorgen: Die Wetterlage bildet sich gegenwärtig
um, doch geht die Entwicklung sehr langsam vor sich. Eine bei
Island liegende Zyklone hat ihren Einfluß bis nach West-
deutschland erweitert, dabei hat sich zunächst der Nebel in der
Rheiniederung aufgelöst; eine weitere Änderung des herr-
schenden Bitterungscharakters ist noch nicht eingetreten. Auch
für die Weihnachtsfeiertage sind höchstens unbedeutende Nie-
derschläge zu erwarten, dagegen wird es in tiefen Lagen
milder, auf dem Hochschwarzwald kälter werden. **Vorausage**
für die Weihnachtsfeiertage: Bei westlichen Winden in tiefen
Lagen am Tage milder, aber nachts Frost, Hochschwarzwald
Temperaturen meist unter Null, vorerst noch keine, oder höch-
stens unbedeutende Niederschläge.

Wasserkstände: Waldshut 174 minus 6, Basel 32 minus 3,
Rheinweiler 220 minus 7, Rehl 212 minus 1, Ragnau 344
minus 1, Mannheim 200 minus 2, Caub 181 minus 2 Zenti-
meter.

Kurze Nachrichten aus Baden

ld. Heidelberg, 23. Dez. Im Alter von 66 Jahren ist Medi-
zinalrat **Dr. Ulrich Lange-Herrstädt**, der in weiten Kreisen be-
kannte Arzt, zuletzt Vertrauensarzt der Allgemeinen Ortskran-
kenkassen Heidelberg gestorben. Im Jahre 1891 ließ er sich in
Medesheim bei Heidelberg nieder, wo er über 30 Jahre als
praktischer Arzt wirkte und in hohem Ansehen stand. Auf dem
Gebiet der Tuberkulosefürsorge hat sich der Verstorbene be-
sondere Verdienste erworben.

ld. Mosbach, 23. Dez. Der Neubau der katholischen Kirche
ist gesichert. **W.** berichteten kürzlich, daß der Erzbischof von
Freiburg dem Provinzialrat in Würzburg die Erlaubnis zur
Errichtung einer Klosterniederlassung zur Ausübung der
Seelsorge in der Pfarrei **Messelhausen** erteilt hat. Im Zusam-
menhang damit erfahren wir nun, daß der Stiftschatzmeister
Heidelberg gehörige Besitz samt Schloßgebäude an die Kloster-
niederlassung verkauft wurde. Aus dem Erlösen sollte der
größte Teil des Mosbacher Kirchenbaues finanziert werden.
Außerdem verfügt der Kirchenbauverein über Gelder zum
Bau.

*** Stuyperich** (bei Durlach), 24. Dez. Nach Blättermeldun-
gen ist man hier einer größeren **Urkundenfälschung** auf die
Spur gekommen. Im Zusammenhang mit dieser Affäre
wurde Dienstagabend der **Kasschreiber** der Gemeinde, **Ge-**
org Weiler, der Vater von sieben Kindern ist, verhaftet. Wie
noch dazu mitgeteilt wird, handelt es sich bei den Fälschun-
gen besonders um zwei Fälle. Das eine Mal hatte Weiler
Bürgen ohne deren Wissen ausgegeben. Wie sich jetzt nach
ausgehender Prüfung der Materie herausstellt, dürfte aber
hier kein Schaden entstehen, da der Betrag gedeckt ist. Wes-
entlich schwerer ist der zweite Fall, in dem Weiler einen
Grundschuldbrief fälschte. In diesem Falle soll es sich um
eine Summe von 14 000 RM. handeln, für die keine Deckung
vorhanden ist.

ld. Baden-Baden, 23. Dez. Der 48. **Valneologentag**
wird vom 4. bis 8. April 1933 unter dem Vorsitz von Minis-
terialdirektor i. A. **Birkel**, Geh. Obermedizinalrat Professor
D. Dr. **Dietsch** in Baden-Baden tagen. Die Grundthema des
Kongresses sind „Die Bedeutung der Diagnostik für die Kur-
wissenschaft“ und „Stand der Klimafunde“. Zugleich mit dem
Valneologentag tagen in Baden-Baden die Zentralstelle
für Valneologie, die Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche
Heilquellenforschung und der Landesverein der reichsdeutschen
Waldärzte.

ld. Freiburg, 23. Dez. Die Direktion der **Schauinslandbahn**
gibt folgendes bekannt: Die **Inbetriebnahme** der Bahn ist lei-
der immer noch nicht möglich, weil das seitens der Aufsichts-
behörde im Zusammenhang mit der aus Anlaß des Unglücks
erfolgte Materialrevision der gesamten Bahnanlage eingefor-
derte Übergabedaten über den Zustand der Seile noch nicht vor-
liegt. Die Schauinslandbahn wird am Samstag, Sonntag und
Montag den Verkehr nach dem Schauinslandgipfel mit ihren
Omnibussen durchführen. Die Wagen fahren ab Talsstation
an allen drei Tagen am um 10, 12, 14 und 18 Uhr, ab Bergstation
11, 13, 15 und 19 Uhr.

ld. Waldshut, 23. Dez. Der erste Straßentat des Reichs-
gerichts hat am 20. Dezember die Revision, die der im **Nieder-**
wilher Archivvereinsprozess verurteilte **Edwin Gerspacher** gegen
das ihm auferlegte Urteil einlegte, **verworfen**. Das Reichs-
gericht hat nicht die Auffassung, daß im **Waldshuter Urteil** ein
Rechtsirrtum vorgekommen sei. Damit ist das Urteil gegen
Edwin Gerspacher rechtskräftig geworden, das auf 2 Jahre
Gefängnis, 700 RM. Geldstrafe und Verlust der bürgerlichen
Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren lautete.

Handel und Wirtschaft

Der Krupp-Waldshut. Die **Friedr. Krupp-WG.** schließt ihr Ge-
schäftsjahr 1931/32 mit einem Verlust in Höhe von 15 231 642
Reichsmark, der sich durch den Verlustvortrag aus dem Jahre
1930/31 um 4 415 733 RM. auf 19 647 375 RM. erhöht. Der
Gesamtverlust ist aus **Rücklagen** gedeckt worden. Der Ertrag
nach Abzug der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebs-
stoffe stellt sich auf 108 065 165 RM. Die Erträge aus Be-
teiligungen belaufen sich auf 4 696 106 RM. und die außer-
ordentlichen Erträge auf 3 020 299 RM. Dagegen betragen
Löhne und Gehälter 69 568 603 RM., soziale Abgaben 7 544 549
Reichsmark, Abschreibungen auf Anlagen 11 854 961 RM., an-
dere Abschreibungen 6 705 000 RM., Zinsen 4 685 203 RM.,
Steuern insgesamt 10 504 713 (im Vorjahr 13 540 367) RM.,
Wohlfahrtsausgaben 6 143 486 RM., Verluste aus Beteiligun-
gen 3 472 548 RM., sonstige Aufwendungen (für Betriebs-
und Verwaltungskosten, Bergschäden, Patentabgaben, Verjäh-
rungskosten, Mieten, Pachten u. dgl.) 11 054 171 RM.

Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, das nun aus
dem Besitz der Rheinischelekttra (Rheinische Elektrizitätsgesellschaft
A.-G., **Rannheim**), ein Paket von 8,5 Mill. RM. Aktien der
Falzgwerke erwerben will, zum Kurs von 125 Proz., besitzt —
wie die **N. Bad. Landesztg.** ausführlich — in Süddeutschland be-
reits namhafte Interessen. Es ist z. B. mit 50 Proz. an dem
Schindlerwerk beteiligt und auch an dem Kraftwerk **Albrun-**
Dogern AG. **Waldshut** besteht eine namhafte Beteiligung.
Hierüber besteht durch das **Waldshuter** schon eine gewisse In-
teressiertheit an der **Großkraftwerk Mannheim** AG., von des-
sen Kapital bekanntlich 36,75 Proz. wiederum bei der **Falzg-**
werte AG. liegt. Daneben besteht eine Verbindung des **Rhei-**
nisch-Westfälischen Elektrizitätswerks über die **Süddeutsche**
Eisenbahngesellschaft AG. **Darmstadt** zum Kraftwerk **Aheimau**,
von dessen Kapital wiederum 62,5 Proz. bei der **Stadt Mann-**
heim liegen, die gleichfalls am **Großkraftwerk Mannheim** mit
36,75 Proz. interessiert ist. — Zu dem Plan, die Aktien der

Rafalwerke zu erwerben, wird jedoch mitgeteilt, daß andere Stellen ein Vorlaufrecht besitzen. Erst wenn von dieser Seite auf den Erwerb des Aktienpakets verzichtet werde, bestehe für das RAB die Möglichkeit des Ankaufs.

Rhein. Gummi- und Celluloid-Fabrik, Mannheim. Die Gesellschaft, die ihr Aktienkapital von 4.000 Millionen auf 1.000 Millionen Reichsmark herabgesetzt hat, erzielte einen Bruttogewinn von 2.146.113 RM., der sich jedoch nach Abschreibungen usw. in einen Verlust von 1.950.298 RM. (im Vorjahr betrug der Gewinn noch 702.630 RM.) verwandelt. Der Aufsichtsrat wurde neu gewählt.

Die „Berga Akkumulatorenfabrik in Rastatt, die sowohl transportable als stationäre Akkumulatoren herstellt, war bisher eine Geschäftsabteilung der Rheinischen Elektrizitäts-A.G. in Mannheim (Rheinlektra). Sie ist nunmehr — der „R. Bad. Landesztg.“ zufolge — in eine selbständige Gesellschaft unter dem Namen „Akkumulatorenfabrik Berga GmbH.“ umgewandelt worden. Neben der Rheinlektra hat sich insbesondere die Familie Opet an der neuen Gesellschaft beteiligt. Es ist beabsichtigt, das Unternehmen, das zur Zeit relativ gut beschäftigt ist, weiter zu entwickeln. Ausreichende Geldmittel stehen hierzu zur Verfügung.

Staatsanzeiger

Zweite juristische Staatsprüfung im Späthjahr 1932.
Auf Grund der im Späthjahr 1932 bestandenen zweiten juristischen Staatsprüfung sind folgende Referendare zu Gerichtsassessoren ernannt worden:
Artopoens Bernhard aus Mannheim, Bauer Richard aus Duisburg, Würble Otto aus Gernsbach, Deimling Günther aus Durlach, Dr. Feibelmann Paul aus Mannheim, Greis Wilhelm

aus Adolfszell, Groß Wilhelm aus Mannheim, Grundmann Hans aus Forzheim, Haager Walter aus Eppingen, Paul Eugen aus Freiburg, Dr. Dauth Helmut aus Karlsruhe, Dr. Illner Franz aus Mannheim, Dr. Junghans Albert aus Forzheim, Kärcher Rudi aus Stuttgart-Gannstatt, Dr. Köpfer August aus Ludwigshafen, Schloffer Alexander aus Leipzig, Schloffer Martin aus Lyon, Schmitt Walter aus Mannheim, Schwoerer Gerhard aus Badenweiler, Dr. Schwoerer Julius aus Karlsruhe, Dr. Servos Hellmut aus Mannheim, Stäger Walter aus Kehl, Dr. Stiefel Ernst aus Mannheim, Straub Joachim aus Waldshut, Straub Karl aus Waldshut, Bollberg Max aus Rugsbroed.

Karlsruhe, den 21. Dezember 1932.

Der Justizminister:
J. B. Dr. Schmidt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Staatsministeriums:

Ernannt:

Die stellvertretenden Mitglieder des Rechnungshofs, Obergerichtspräsident Runo Conradi beim Verwaltungsgerichtshof zum Vizepräsidenten und Obergerichtspräsident Theodor Gänier bei der Wasser- und Straßenbauverwaltung zum stellvertretenden Vizepräsidenten des Dienststrafhofes für richterliche Beamte für die restliche Dienstperiode, d. i. bis zum 31. März 1934; Polizeinspektor Theodor Dürr beim Bezirksamt — Polizeidirektion — Freiburg zum stellvertretenden Mitglied der Dienststrafkammer für richterliche Beamte in Freiburg für die restliche Dienstperiode, d. i. bis zum 31. März 1934.

Badisches Landes-theater Karlsruhe

Spielplan vom 27. Dezember 1932 bis 1. Januar 1933.

Zu Landes-theater:

Dienstag, 27. Dez. * B 12. Th.-Gem. 201—300. Figaros Hochzeit. Komische Oper von Mozart. 20—23 (5,—).
Mittwoch, 28. Dez. Nachmittags: Stöpsel bummelt durch die Welt. Märchen von Karl Ziemler. 15—17.30 (0,40—2,00).
Abends: * A 11 (Mittwochmiete). Th.-Gem. 3. S.-Gr., 1. Hälfte. Der Mann mit den grauen Schläfen. Lustspiel von Leo Lenz. 20 bis nach 22.15 (3,90).
Donnerstag, 29. Dez. * D 13 (Donnerstagsmiete). Th.-Gem. 101—200. Zum erstenmal: Waldfrieden. Lustspiel von Ludwig Thoma. Hierauf: Neu einstudiert: Die kleinen Verwandten. Lustspiel von Ludwig Thoma. Hierauf zum erstenmal: Erster Klasse. Bauernschwank von Ludwig Thoma. 20 bis nach 22 (3,90).
Freitag, 30. Dez. * F 13 (Freitagmiete). Th.-Gem. 3. S.-Gr., 2. Hälfte. Die endlose Straße. Frontstück von Graf und Pinke. 20—22.45 (3,90).
Samstag, 31. Dez. Nachmittags: Stöpsel bummelt durch die Welt. Märchen von Karl Ziemler. 15—17.30 (0,40—2,00).
Abends: Zu keinen Preisen: Eine Nacht in Venedig. Operette von Johann Strauß. 20—22.30 (3,30).
Sonntag, 1. Jan. 1933. Nachmittags: Stöpsel bummelt durch die Welt. Märchen von Karl Ziemler. 15—17.30 (0,40 bis 2,00).
Abends: Außer Miete: Carmen. Oper von Bizet. 19 bis nach 22 (5,70).

Zu Städtischen Konzerthaus:

Sonntag, 1. Jan. 1933. * Glückliche Reise. 19.30—22.30 (2,60).

COLOSSEUM
Nur 7 Tage, vom 25. bis 31. Dezember
täglich 8 Uhr, Sonntags 4 und 8 Uhr
das sensationelle
Varieté-Programm
10 Nummern von Weltruf
u. a. die Sensation der ganzen Welt
„To Rhama“
das okkultistische Wunder
Humor, Spannung u. Begeisterung
Eintritt 0,60 bis 2 RM. M.205.

Neueinteilung von Grundstücken südlich der Karlsruher Straße in Hohenheim.

Das Staatsministerium hat mit Entscheidung vom 9. Dezember 1932 Nr. 14 979 ausgesprochen, daß die Eigentümer der Grundstücke Lgh. Nr. 5 587, 5 590 und 5 591 der Gemarkung Hohenheim verbunden sind, an der Neueinteilung von Grundstücken südlich der Karlsruher Straße in Hohenheim nach Maßgabe des Planes des Gemeinderats Hohenheim vom 10. Februar 1932, September 1931 teilzunehmen. S. 266

Mannheim, den 21. Dezember 1932.
Bad. Bezirksamt — Abt. II —

Rheinregulierung Kehl—Rhein Bergebung von Bindedraht

Die Bauabteilung Rheinregulierung in Kehl a. Rh. vergibt in öffentlicher Verbindung die freie Lieferung von 40 000 kg geglähtem Bindedraht von 2 mm Durchmesser. Die Angebote sind mit der Aufschrift „Bindedrahtlieferung“ versehen, verschlossen und postfrei bis spätestens Samstag, den 14. Januar 1933, um 10.30 Uhr, auf dem Geschäftszimmer der Bauabteilung Rheinregulierung in Kehl a. Rh., Gewerbestraße 18, einzuliefern, zu welcher Zeit die Eröffnung der Angebote stattfindet.

Angebotsbordüre und Bedingungen werden an Bewerber abgegeben.
Zuschlagsfrist 15. Februar 1933. M.210

Straßenbau-Notstandsarbeiten Rollbahnmateriale zu Kauf und Miete
Schiebekarren, Meßgeräte, Hebezeuge, Baupumpen, Wegewalzen, Kanalguß usw. liefert billigst. Man verlange Preis- u. Kataloge.
Fa. Wilhelm MESSNER, Villingen/Schw.
Mitgl. d. B. B. B. Fernspr. 2131. M.193

Betr. Jagdverpachtungen

Die badischen und süddeutschen Jäger sind durchwegs abonniert auf die große deutsche illustrierte Jagdzeitung „Der Deutsche Jäger“, München, u. a. auch offiz. Organ des Badischen Bundes Deutscher Jäger, Karlsruhe und seiner Bezirksgruppen: Wertheim, Taubertal, Odenwald, Buchen, Oberburten, Heilbronn, Mannheim, Bruchsal, Forzheim, Karlsruhe, Rastatt, Baden-Baden, Kehl, Offenburg, Rinzigtal, Lahr, Freiburg, Waldshut, Donaueschingen, Linggau-Heuberg, Lörrach und Konstanz. Diese weitverbreitete Zeitschrift ist darum das geeignete Anknüpfungsorgan für Jagd- und Fischereiverpachtungen, worauf die Stadt- und Gemeinderäte besonders aufmerksam gemacht werden. Anschrift: „Der Deutsche Jäger“ J. C. Mayer Verlag, München 2 C, Spardastraße 11. M.46

Liebe Hilde!

... also
Weihnachts-Sonntag und Montag
Treffpunkt im Friedrichshof

Im Schaufenster findest Du die Essen von 90 Rpf. an ausgestellt. Für Stimmung sorgt die doppelt verstärkte **Hauskapelle Scheidegg**
Kein Preisaufschlag!

Bertold-Bräu
sowie
Hell-Export u. Lagerbier
als Festtrunk
Brauerei Moninger Karlsruhe
Fernruf 6444

Öffentl. Verbandssparkasse Schutterwald

Bilanz auf 31. Dezember 1931.

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Darlehen gegen Hypothek	335 738,32	1. Spareinlagen	538 968,86
2. Darlehen gegen Schuldschein	165 094,05	2. Aufwertungs-spareinlagen	285 039,47
3. Darlehen in laufender Rechnung an Private	155 959,41	3. Giroeinlagen	41 069,74
4. Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Post-scheckamt	2 059,52	4. Kontokorrenteinlagen	3 943,36
5. Wertpapiere	24 125,—	5. Anlehenskapitalien	149 644,86
6. Betriebskapital bei Girozentrale	13 900,—	6. Rücklagen	14 662,15
7. Guthaben aus Bau-sparvertrag	3 294,60	7. Ausgabereise	16,01
8. Aufwertungsforde-rungen	252 716,02	8. Geschäftsgewinn 4996,40 Ab-schrieb an Ge-bäuden und Fahr-nissen	3948,43
9. Einnahmerückstände	39 445,31		1 047,97
10. Kassenvorrat	2 252,43		
11. Verwaltungsgebäude	24 000,—		
12. Andere Gebäude	8 950,—		
13. Sonstige Grundstücke	1 957,76		
14. Gerätschaften	4 900,—		
	1 034 392,42		1 034 392,42

Berechnung des Reservefonds:

Der Reservefonds hat zu betragen:

8% aus 583 983,— RM	46 718,64 RM
Der Reservefonds beträgt	15 710,12 "
Somit weniger	31 008,52 RM

Schutterwald, den 17. Dezember 1932. S.267

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Pünker.
Der Geschäftsleiter: Künzle.

Wir werben für Sie!

Notstandsarbeiten Freiwilliger Arbeitsdienst

Günstige Ausnahmeabgabe in: Rollbahngleisen, Kippwagen, Weichen, Drehscheiben; Werkzeugen: Kreuzpickeln, Schaufeln usw.
Miete und Kauf M.206

Martin Eichelgrün & Co., Feldbahnfabrik, Karlsruhe, Lessingstraße 1a, Telefon Nr. 6124.

**PORPHYRWERK
DOSSENHEIM**
HAND-GEWIRTE
DOSSENHEIM'S PATENT
Liefert aus Stahl und Eisen
**STRASSENBAU-
MATERIAL**

EINTRACHT
Dienstag, 27. Dezember
Am 3. Feiertag singen und spielen die
„Domspatzen“
die „bayerische Sixtina“, der allerberühmte
Regensburger Domchor
(40 Buben und 20 Herren)
Nachmittags 3½ Uhr: Weihnachts- und Mozart-Chöre
„Die Operprobe“ kom. Oper von Lortzing
(dargestellt von den Singbuben) M.202
Abends 8 Uhr: Altclassische Chöre
Leitung: Domkapellmeister Dr. Th. Schramm
Karten von — 30 Schilling bis 3 RM. im Vorverkauf
bei Herder, Herrenstr. 31, Spielplatz am Marktplatz und bei
Kurt Neufeldt
Waldstraße 81

Badisches Landes-theater
Sonntag, den 25. Dez. 1932
Außer Miete
**Die Meisterfänger
von Nürnberg**
Von Wagner
Dirigent: Krips
Regie: Dr. Waag
Mitwirkende:
Haberlorn, Seiberlich, J. Gröhninger, Gopbach, Kalnbach, Kiefer, Köfer, Derner, Schoepflin, Schuller, Stad, S. Lindemann, Meyer, Nagel, Willius, Schäfer
Anfang 17 Ende geg. 22
Preise E (0,90—5,70 RM)

Figaros Hochzeit
Komische Oper von Mozart
Dirigent: Schwarz
Regie: Dr. Waag
Mitwirkende:
Kanz, Fischbach, Haberlorn, Lenz, Seiberlich, Winter, Moerschel, Gopbach, Kalnbach, Kiefer, Köfer, Derner, Schoepflin
Anfang 20 Ende 23
Preise D (0,90—5 RM)

Im Städt. Konzerthaus
Sonntag, den 25. Dez. 1932
Kyrie-Eleison
Koffe mit Gesang
von Gustav Michaelis
Dirigent: Stern
Regie: Herz
Mitwirkende:
Ervig, Genter, Jant, Kraher, Mademader, Seiling, Erdin, O. Höder, Schneider, Ernst, Gemmede, G. Höder, Koeble, S. Müller, P. Müller, Prutscha, Schönthaler
Anfang 19½ Ende nach 22
I. Parterre 2,60 RM

Montag, den 26. Dez. 1932
Zum erstenmal
Glückliche Reise
Operette
von Eward Künneke
Dirigent: Schwarz
Regie: Prutscha
Mitwirkende:
Frauendorfer, Jant, Seiberlich, Seiling, O. Höder, Brand, Ernst, Koeble, Rehner, P. Müller, Prütler, Ehret, Harprecht
Anfang 15 Ende 22½
Preise 0,40—2,60 RM

Montag, den 26. Dez. 1932
Zum erstenmal
Glückliche Reise
Operette
von Eward Künneke
Dirigent: Schwarz
Regie: Prutscha
Mitwirkende:
Frauendorfer, Jant, Seiberlich, Seiling, O. Höder, Brand, Ernst, Koeble, Rehner, P. Müller, Prütler, Ehret, Harprecht
Anfang 15 Ende 22½
Preise 0,40—2,60 RM

Druck G. Braun, Karlsruhe